

Motivationslinien innerhalb der Corona-Proteste Ende 2021

Karlsruher Netzwerk gegen Rechts

ka-gegen-rechts.de/dossiers

(Dossier 173)

Nach der kleinen Weihnachtspause der Corona-Proteste, in der es kaum Demos oder „Spaziergänge“ gegeben hatte, waren bundesweit am 27. Dezember 2021 die Menschen auf die Straße gegangen: Vorsichtig geschätzt, waren es 50.000, es könnten aber auch 70.000 oder etwas mehr gewesen sein. Gesicherte Erhebungen (auch nur der bisweilen arg unzuverlässigen Polizeiangaben) fehlten.

Bei einzelnen dieser Proteste hatte es Eskalationen gegeben. Der *Münchner Merkur* berichtete am 28. Dezember auch über Stimmen zur Impfpflicht, über Kritik an den *Freien Sachsen* und über Vorschläge der Polizei zur Deeskalation: Die solle nicht länger als ein „Ersatz des politischen Meinungsstreits“ dienen müssen, den „die Politik outgesourct“ habe.

Merkur Polizisten in Sachsen erheben Vorwürfe gegen Politik

Zehntausende Menschen gingen am Montagabend (27.12.) in vielen deutschen Städten gegen die neuen Corona-Beschränkungen auf die Straße. Teilweise kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen, bei denen mehrere Polizisten verletzt wurden. Die Demonstrationen im Osten Deutschlands waren zahlenmäßig am größten. In Mecklenburg-Vorpommern demonstrierten nach Polizeiangaben 15.000 Teilnehmer. In Sachsen sind derzeit laut Corona-Verordnung nur ortsfeste Versammlungen mit maximal zehn Teilnehmern erlaubt. Dies wird regelmäßig von Gegnern der Corona-Maßnahmen unterlaufen, die durch Sachsens Städte ziehen.

Die Demonstrationen im ostsächsischen Bautzen verliefen gewaltsam. Einige Demonstranten verletzten dort nach Angaben der Polizei mehr als zehn Einsatzkräfte. Beamte wollten dort einen Aufzug stoppen, seien dabei aber „massiv“ mit Feuerwerkskörpern und Flaschen beworfen worden. Die dabei verletzten Beamten erlitten nach Angaben der Polizei ein Knalltrauma. Insgesamt hätten sich 600 Menschen versammelt. Die Teilnehmer im vorderen Teil des Demozuges seien Personen gewesen, die „eher dem extremistischen Spektrum“ angehören.

Für besonders großen Unmut sorgte bei den Demonstrationen die Corona-Impfpflicht, die im Januar durch den Bundestag verabschiedet werden könnte. Der Chef des Kassenärztlichen Bundesvereinigungs, Andreas Gassen, lehnt eine solche ab. Er sieht vor allem organisatorische Probleme. Die zeitnahe Erstellung eines zentralen Registers zur Vorbereitung einer möglichen

Corona-Impfpflicht sei unrealistisch, da der Aufbau „Monate, vielleicht auch Jahre“ dauern könnte. „Wenn am Ende des Tages nicht nennenswert mehr Leute geimpft werden, bringt die Impfpflicht außer massivem Ärger, aggressiven Demonstrationen und einer Klageflut nicht viel“, sagte Gassen. Die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Gerda Hasselfeldt, sprach sich hingegen für eine allgemeine Impfpflicht aus. „Wir alle lernen in dieser Pandemie ständig dazu - und inzwischen stehe ich der allgemeinen Impfpflicht positiv gegenüber“, sagte sie.

Nach den Ausschreitungen bei Corona-Protesten in Bautzen werden Forderungen nach einem Verbot der rechtsextremen Partei Freie Sachsen laut. Alle Kriterien seien erfüllt, Innenminister Roland Wöllner müsse handeln, schrieb die Linke-Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz auf Twitter. Die Polizei sei bei den unerlaubten Demonstrationen in Ostsachsen unterbesetzt und überfordert gewesen, sagte sie. Ein Verbot der Freien Sachsen löse das Problem zwar nicht, räumte sie ein. „Aber es kann Teil einer Lösung des Problems sein.“

Derweil wächst der Unmut bei der Gewerkschaft der Polizei. Landeschef Hagen Husgen argwöhnte, die Polizei werde als Ersatz des politischen Meinungsstreits missbraucht. Es müsse geprüft werden, mit dem Auslaufen der aktuellen Corona-Verordnung ab dem 10. Januar 2022 Einschränkungen des Versammlungsrechts aufzuheben. Die sinkenden Infektionszahlen sollten dies rechtfertigen, sagte Husgen: „Es darf nicht Aufgabe der Polizei sein, einen breit auf der Straße ausgeführten Meinungsstreit, sofern er friedlich ist, mit polizeilichen Mitteln zu stoppen, nur weil die Politik diesen Disput an die Polizei outgesourct hat.“

Die gesellschaftliche Realität in Deutschland am Ende des Jahres 2021 war geprägt von zwei Polen. Der eine forderte immer mehr und dabei immer strengere Corona-Regeln und strengere Maßnahmen zu deren Überwachung. Der andere forderte den Wegfall all dieser Regeln. Und zwischen diesen zwei Polen hatte sich etwas entwickelt, das als „Spaltung der Gesellschaft“ bezeichnet wurde.

Vor diesem Hintergrund spielt ein Kommentar in der Rosenheimer Ausgabe der OVG-Heimatzeitung mit den Polen des „Schwurbler“ und des „Systemlings“.

Der Text entstand vor der Einführung der berufsgruppenbezogenen Impfpflicht ab März 2022 durch den Deutschen Bundestag Mitte Dezember 2021. Er ist eine Reaktion auf die Einführung sogenannter 2G-Regeln (nur für Geimpfte oder Genesene).

OVBonline **Nicht Corona, sondern die Gesellschaft spaltet** 14.12.2021

2G ist ganz klar eine Ausgrenzung. Aber Ausgrenzung ist nicht gleich Spaltung. (...) wo Angst herrscht, wird der Ton rauer. Man fühlt sich in die Ecke gedrängt und sieht überall Bedrohung. Ein Hinweis, dass man etwas übersehen haben könnte, fühlt sich dann sofort wie ein Angriff an. Man fühlt sich in seinen Sorgen und Ängsten nicht ernst genommen: Sei es nun die Angst, vor dem Virus oder vor Schäden durch Impfung oder Maßnahmen. Das gilt für jeden einzelnen und das macht das miteinander Reden schwer. Hier entsteht die empfundene Spaltung. Die Belastung der aktuellen Situation wird zum Stolperstein für die Empathie. Beispielsweise werden Vorbehalte gegenüber der Impfung gerade im Online-Diskurs oft pauschal als „Schwurbelei“ abgetan, wo doch der Wechsel ins vertrauliche Gespräch sinnvoller wäre. Denn nicht jeder mit Bedenken glaubt, dass die Impfung einen Mikrochip in den Körper bringt oder noch schlimmere Gruselgeschichten. Schnell führt ein abfälliger Kommentar dazu, dass Verunsicherung zu Wut wird. Wenn wir es schaffen können, ruhig miteinander über Sorgen und Ängste zu sprechen, dann haben wir eine Chance. Wenn der „Schwurbler“ in seiner Angst ernst genommen wird, dass die Maßnahmen nie wieder enden könnten, und der „Systemling“ in seiner Angst, dass zu viele Menschen (vielleicht auch im eigenen Umfeld) an Corona Schaden nehmen oder sogar sterben könnten, dann kann eine Debatte stattfinden. Aber nur, wenn es in beide Richtungen funktioniert.

Die *Berliner Zeitung* berichtete am 28. Dezember 2021 über eine kleine (angemeldete) Corona-Kundgebung in Berlin mit etwa 50 Teilnehmenden aus den Sphären des Bildungsbürgertums. Als Rednerinnen traten die Synchronsprecherin Giovanna Winterfeldt und die österreichische Schauspielerin Miriam Stein auf. Ihre Reden basierten auf dem Vorwurf, sie fühlten sich als Opfer eines Reflexes, der Politik, Medien und gesellschaftliche FunktionsträgerInnen erfasse, wenn es Kritik an ihnen gebe: Nämlich dass die Proteste automatisch subsummiert und diffamiert werden würden als rechts, verschwörungstheoretisch bzw. als geistig nicht zurechnungsfähig Auszüge aus den Reden, beginnend mit Giovanna Winterfeldt.

Berliner Zeitung Corona spaltet: „Lasst es uns nächstes Jahr bitte anders machen!“

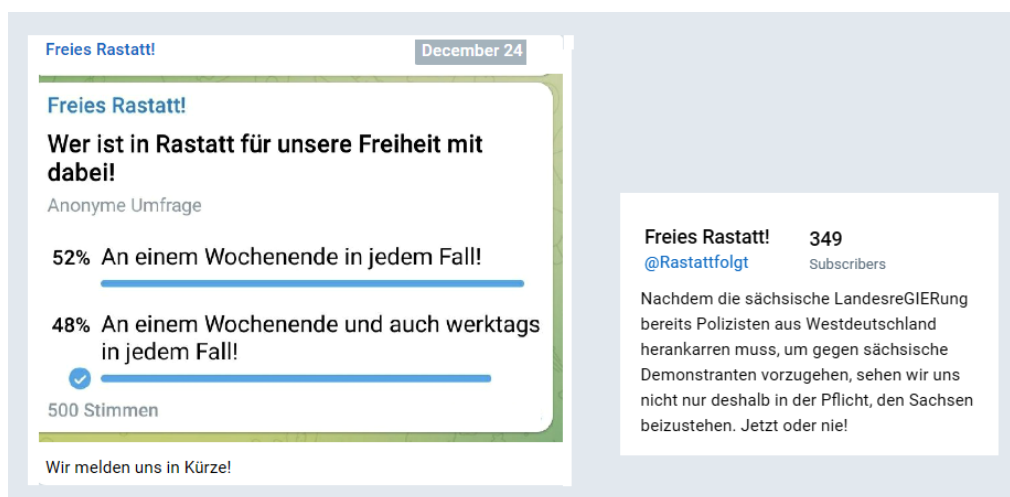
Ich habe keine Angst vor Corona. Nicht, weil es das nicht gibt, das habe ich nie behauptet, und ich persönlich kenne auch niemanden, der das behauptet. Ich habe keine Angst davor, weil ich mich mit den Zahlen und den wichtigen Bezugsgrößen und Daten auseinandergesetzt habe und für mich entschieden habe, dass es keinen Grund gibt, Angst zu haben. Ich habe auch keine Angst vor der Impfung, obwohl ich tatsächlich einige Impfschäden im familiären Umfeld sowie im erweiterten Bekanntenkreis mitbekommen habe. Ich erwische mich jedoch in letzter Zeit ab und zu dabei, dass ich Angst habe vor meiner Regierung. Vor der Unbarmherzigkeit, mit der sie gerade Menschen wie mich, die ihre Vorgehensweise kritisieren, mutwillig diffamiert und kleinredet. Sie mit Begriffen wie Verschwörungstheoretiker, Schwubler und Aluhutträger betitelt und ihnen so das Recht abspricht, gehört zu werden. Beiträge und Berichte zensiert. Algorithmen so umbaut, dass Beiträge, die kritisch sind, automatisch gelöscht werden. Das ist nicht in Ordnung. Liebe Regierende: Ihr müsst uns gerecht werden, nicht andersrum. Ich stehe heute hier um all den Menschen meine Hand zu reichen, die Angst haben. Nicht vor dem Virus oder einer Impfung, sondern davor, Gesicht zu zeigen. Davor, die eigene Meinung laut auszusprechen. Weil ihnen eingeredet wurde, sie würden dann mit Nazis Seite an Seite gehen. Mit Schwurblern. Mit Menschen unterster Schublade. Seht euch um. Wir sind keine Nazis. Wir sind keine Schwurbler. Wir sind Eltern. LehrerInnen. ÄrztInnen. Pflegekräfte. Handwerker. Wir sind schwarz, weiß ... wir sind bunt und divers. Und wir haben das Recht, hier zu sein und zu sagen, dass wir mit den Maßnahmen und Regulationen der Politik so nicht einverstanden sind. Dass niemand sich zu etwas zwingen lassen muss, was er oder sie nicht will.

Ich appelliere heute auch an meine Generation – die Kinder der 90er. Wo seid ihr? Wir sind doch nicht zur Schule gegangen, um jetzt dabei zuzusehen, wie Spaltung und systematische Ausgrenzung wieder salonfähig gemacht werden. Und wofür? Für etwas, was durch die Medien verzerrt und verklärt wurde. Für eine Wahrheit, die so volatil zu sein scheint, dass Politiker und sogenannte Experten sich quasi im Wochentakt selbst widersprechen. Es geht für mich schon lange nicht mehr um die Frage „geimpft oder ungeimpft“, sondern es geht darum, wie wir gemeinsam leben wollen. Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der die Angst regiert? In der wir die absolute Sicherheit, das Null-Risiko haben wollen? Oder schaffen wir es, ein wenig loszulassen, anzuerkennen, dass es ein freies Leben mit Null-Risiko noch nie gegeben hat und auch nie geben wird? Ich will, dass meine Kinder selbstbestimmt, in einer freien, liberalen Gesellschaft aufwachsen dürfen. Mit Politikern und Politikerinnen, die sich für die Meinungsfreiheit einsetzen, die den wissenschaftlichen Diskurs fördern, statt ihn zu unterbinden, die in ein gesamtgesellschaftliches Gesundheitssystem investieren, anstatt nur auf die Pharmaindustrie zu setzen, und die versuchen, BürgerInnen in einer Notsituation ihre Ängste zu nehmen, anstatt Angst zu schüren und sie hochzuhalten. Das ist nämlich etwas, das ich den Politikern wirklich vorwerfe. Das sie uns absichtlich Angst machen, mit Hilfe einiger Medien. Ich habe mir monatelang anhören müssen, dass meine Ängste absurd und unbegründet seien. Nein, Kinderimpfungen wird es nicht geben, wozu auch? Wie kommst du darauf, dass man seinen Job verlieren könnte, nur weil man nicht geimpft ist? 2G? Nein, Testen ist doch sogar besser. Eine Impfpflicht – Quatsch! Leider sind meine Ängste bereits fast alle real geworden.

Viele Fragen und Erodierungen traditioneller Rechts-Links-Muster, auf die die Patriotische Corona-Szene, vor allem im Osten Deutschlands, mit ihren Antworten vom Wir-werden-seit-1945-belogen reagierte. Ein exemplarischer Vertreter dieser Protest-Gruppe, die sich in ganz Deutschland mit mehr oder weniger deutlicher Tarnung in die Schaltstellen der Proteste einspülen wollte, war der Demoveranstalter Marco Kurz mit seinem Internetauftritt, dem „Wahrheitskanal“.

Freies Rastatt war Ende 2021 das aktuelle Projekt von Marco Kurz und ein paar seiner verbliebenen (wenigen) Getreuen. Nach Kandel, Offenburg und Ottersweier der nächste Anlauf, sich zum Alleinchef einer Protest-Szene zu machen.

Das Projekt war Anfang Dezember 2021 ins Leben gerufen worden und hatte einen Monat später 350 Internetfans und 500 Fans, die zugesagt hatten, sie würden, wenn es eine Demo gäbe, analog auf der Straße mitgehen.



Das Projekt *Freies Rastatt* verstand sich in seiner Ausrichtung als Fortsetzung der sächsischen Corona-Proteste (ab November 2021) in Westdeutschland und zählte, insbesondere aufgrund seiner Führungsetage um Marco Kurz, zur Patriotischen Corona-Szene: Die zielte nicht auf konkrete Forderungen (Corona-Maßnahmen, Impfpflicht), sondern sah die deutsche Corona-Politik als Symptom eines grundsätzlich politisch, wirtschaftlich und kulturell gescheiterten BRD-Systems, das einem 'Fehler auf deutschem Boden' gleichkam. Als weitere Symptome galten die Migrationspolitik, die atom&kohlelose Energiepolitik, die „Gender-Mainsteaming“-Politik, Altersarmut-Rentenpolitik, eine auf „globale Eliten“ ausgerichtete Finanzpolitik, eine auf Profit für die Industrie ausgerichtete Umwelt- und Lebensmittelpolitik, eine „russlandfeindliche Außenpolitik“, eine mit der Politik verwobene „Lügenpresse“, eine „Frühsexualisierung“, „Klimawahn“,

In Rastatt hatte sich, im Gegensatz zu vielen umliegenden Städtchen und Städten, bislang noch keine nennenswerte Corona-Szene entwickelt. Der letzte Demover-such war am 10. April 2021 gewesen, aber die Demo war von den Behörden verboten worden (vgl. Dossiers 165a bis 165c). Seit Beginn der Zweiten Welle der Corona-Proteste im November 2021 hatte es in Rastatt nur Ende Dezember zwei mit 150 Teilnehmenden besuchten „Montagsspaziergänge“ gegeben.

Das Projekt *Freies Rastatt* sah die BRD als eine fremde Macht an, die Deutschland überrollt und gefangen genommen hatte: Der deutsche „Scheinwiderstand“, also etwa Querdenken oder youtube-PatriotInnen, würde das nicht hinterfragen und sich generell mit virtuellem Handeln im Internet oder mit Halbgerzigkeiten begnügen: Wahrer Widerstand könne nur von einem geschlossenen Volk ausgehen. In dieser Weltsicht war in jedem Staat der Erde „das Volk“ von einer Marionettenregierung, die bei den globalen Eliten am Tropf hing, unterdrückt – mit mal mehr und mal weniger Widerstand.

⚠️ **Marco Kurz - Schwarzwald - Kanal!** 16. September 2021

Nehmen wir mal an, eine feindliche Macht würde deine Heimat überrennen und alle Bewohner gefangen nehmen. Um dich friedlich zu stimmen, gibt man dir die Möglichkeit, im neu eingerichteten System über eine sog. Wahl deine Stimme für den Herrscher oder angebotene Alternativen abzugeben. Wie eine Rubbellosaktion, wo man in der Hoffnung auf einen Gewinn mal so richtig losrubbeln darf. Wird der neue Herrscher zulassen, dass er mit der Abgabe deiner Stimme seine Macht verliert? Würdest du einem Fremden die Zugangsdaten für dein Bankkonto anvertrauen, damit der sich um deine Finanzen kümmert? Glaubst du noch daran, in einer Demokratie zu leben in der sich ein paar Wenige um dein Wohlergehen bemühen?

⚠️ **Marco Kurz - Wahrheitskanal!** 28. November 2021

Die Guadeloupeaner verteidigen ihre Freiheit, der androhende Impfwang am 01.01.22 ist bis auf weiteres ausgesetzt. Der Wohlstand dagegen tötet den Kampfgeist und macht egozentrisch. Egozentriker sehen nur sich selbst und nicht das ganze Volk und die Verbundenheit, mit dem man nur überleben kann, wenn man gemeinsam kämpft.

⚠️ **Marco Kurz - Wahrheitskanal!** 28. November 2021
2.5K subscribers

Erst wenn der deutsche Scheinwiderstand verstanden hat, dass gegen ein totalitäres und Menschen verachtendes System nachfolgendes KEINERLEI Wirkung erzielt, werden wir eine Chance auf echten Widerstand haben:

- ✳️ Hoffen auf Wahlen 🙄
- ✳️ Hoffen auf Politiker 🙄
- ✳️ Hoffen auf Klagen 🙄
- ✳️ Hoffen auf Petitionen 🙄
- ✳️ Briefe schreiben 🙄
- ✳️ Tanz- und Gesangsdemos 🙄
- ✳️ Streiks durch nicht systemrelevante Gruppen 🙄
- ✳️ Sich auf Telegram die Zeit vertreiben 🙄
- ✳️ Autocorso spielen 🙄
- ✳️ Sich mit 150 Menschen eine neue Verfassung geben 🙄
- ✳️ Kerzen ins Fenster stellen 🙄
- ✳️ Den Strom für eine Stunde abschalten 🙄
- ✳️ Widerstandshochstaplern das Leben finanzieren 🙄
- ✳️ Sich mit Tests und gekauften Impfpässen über die Runden retten 🙄

Erst wenn der Scheinwiderstand seine TV-Geräte auf den Müll wirft, den ERNST der Lage erkennt und aus der Schockstarre erwacht, in die echte und effektive Handlung übergeht, können wir den Gang entweder 🙄 ins Schlachthaus oder 🙄 in die Käfighaltung vielleicht noch aufhalten und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen.

Es war also in der Tat eine wahrlich schwierige Frage, warum die Verantwortlichen von *Freies Rastatt* sich überhaupt die ganze Mühe mit dem Organisieren von Demos machten, da sie doch die überwiegende Mehrheit des aktuellen Corona-Widerstands als „Neuaufgewachte“ abtaten, die sich nur an konkreten Corona-Maßnahmen stören und abarbeiten würden.

Bei *Freies Rastatt* aber wusste man: Corona war nur ein „Symptom“ und parlamentarische Wahlen waren nur Blendwerk.

⚠️ **Marco Kurz - Wahrheitskanal!** 10. November 2021

Sehr viele der "Neuaufgewachten" glauben, ungerechten Corona-Maßnahmen zu unterliegen. Dabei geht es nicht um das Thema Corona, auch nicht um Maske, Test oder Impfung. Egal welche Einschränkung uns betrifft, es ist erstmal ausschließlich ein symbolischer Akt der Unterwerfung...

Und viele gewöhnen sich Stück für Stück daran, liefern ihre Kinder aus und sich selbst.

Hoffen auf Besserung, auf Veränderung durch Dritte.

Volksbegehren gefällig? Mal wieder eine Wahl? Ein bisschen spenden oder gegen den Wahnsinn tanzen?

Wer sich bis dato seine Freiheit hat nehmen lassen, wird es auch weiter tun, ohne dabei zu merken, wie der Körper immer tiefer im Moor der Unterwerfung versinkt.

Bis nur noch der Kopf herausschaut und das Wehleidn immer lauter wird.

Doch dann ist es zu spät.

Darum lautet mein Motto seit eh und je:

Wehret den Anfängen und bekämpft, was bekämpft werden muss!

Das *Redaktionsnetzwerk Deutschland* blickte in einem Artikel vom 29. Dezember 2021 auf das vergangene Corona-Jahr und die Renaissance der Proteste zurück. Der Rückblick beginnt im Dezember 2021 in Bautzen und beschreibt die *Freien Sachsen* als Motor der Entwicklungen, auch in Westdeutschland.

RND
REDAKTIONSNETZWERK
DEUTSCHLAND

Kein Ende in Sicht

Der rote Schein einer brennenden Leuchtfackel und das Stroboskopblitzen der Polizeitaschenlampen erleuchteten am Montag den dunklen Dezemberabend in Bautzen.

Es sind Bilder einer Eskalation, die wenige Stunden später im sozialen Netzwerk Telegram herumgeschickt werden – als Beweis des vermeintlich heldenhaften Mutes der 500 Demonstrantinnen und Demonstranten, die in der ostsächsischen Stadt auf die Straße gegangen sind und von denen sich einige an heftigen Ausschreitungen und Angriffen auf die Polizei beteiligten. Der „Widerstand“, der hier geleistet wird, richtet sich nur vordergründig gegen die Corona-Schutzmaßnahmen und eine mögliche Impfpflicht. Viele demonstrieren längst gegen den Staat an sich, gegen den demokratischen Grundkonsens einer freiheitlichen Gesellschaft. In Bautzen laufen die Demonstrierenden (rechtsextreme wie vermeintlich bürgerliche) hinter einem Transparent mit der Aufschrift „Heimatschutz statt Mundschutz“ her.

Zeitgleich mit dem Protest in Bautzen fanden am 27.12. in vielen Städten bundesweit Corona-Demonstrationen statt – teilweise mit mehreren Tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die montäglichen Proteste, oft als „Spaziergang“ betitelt und nur selten angemeldet, hatten sich im Herbst zunächst vor allem in Sachsen ausgebreitet. Treibende Kraft waren dabei die vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremen „Freien Sachsen“. Aus dem Protestphänomen in Sachsen ist seitdem jedoch längst ein deutschlandweites geworden. Dabei sah es kurz vor dem letzten Jahreswechsel beinahe so aus, als sei die Luft raus bei den Pandemieprotesten. Nach Verboten durch die Berliner Polizei sagte der Initiator der „Querdenken“-Protestbewegung, der Stuttgarter Michael Ballweg, mehrere Demonstrationen in der Hauptstadt ab und kündigte an, zunächst keine weiteren Großdemonstrationen mehr anmelden zu wollen.

Die Impfkampagne gegen das Coronavirus war gerade gestartet und verbreitete in der Mehrheit der Bevölkerung die Hoffnung, die Pandemie könnte bald ihr Ende finden. Ähnliche Hoffnungen machten sich viele auch mit Blick auf die bereits zu diesem Zeitpunkt deutlich radikalisierte „Querdenker“-Bewegung. Im Frühjahr flammten die „Querdenker“-Proteste mit großen Demonstrationen in Kassel und Stuttgart zwar noch einmal auf. Im Sommer aber schien sich die Hoffnung vom „Querdenker“-Ende zu bestätigen: Zu breit beworbenen „Großdemos“, die den Auftakt zu einem Protestsommer bereiten sollten, kamen bloß wenige Hundert Menschen. Expertinnen und Experten warnten trotzdem vor Hoffnungen auf ein frühzeitiges Ende der Corona-Proteste.

Die dezentralen Proteste in Dörfern, Klein- und Großstädten in ganz Deutschland sind [nun deren] Revival. Sie funktionieren ohne einen zentralen Akteur wie Michael Ballweg und seinen „Querdenken“-Verein. Wer jetzt Teil der „Bewegung“ sein will, muss nicht Hunderte Kilometer fahren, sondern nur den kurzen Weg in die lokale Innenstadt antreten. 2G-Regeln, Kontaktbeschränkungsmaßnahmen und Diskussionen über eine mögliche allgemeine Impfpflicht geben dem Protest neuen Aufwind. Dabei gilt für die über die Republik verstreuten Montagsproteste immer noch, was bereits für die „Querdenker“-Großdemos im Sommer 2020 galt: Sie repräsentieren bloß eine kleine Minderheit. Mehr als 80 Prozent der Erwachsenen in Deutschland sind vollständig geimpft, eine Mehrheit der Bevölkerung unterstützt laut Umfragen Kontaktbeschränkungen und andere Corona-Schutzmaßnahmen.

Der Paradigmenwandel in der Politik hinsichtlich einer Impfpflicht hatte den Corona-Protesten im November 2021 den entscheidenden Auftrieb gegeben: Man konnte die Politik nachvollziehbar der Lüge überführen. Ähnliches zeichnete sich nun hinsichtlich der Auslastung der Krankenhausbetten in Deutschland ab. Denn das zentrale Argument für Corona-Maßnahmen und das Impfen war stets das Warnen vor einer Überlastung des Gesundheitssystems gewesen. Die Kritik aus der Corona-Szene aber, wonach der Bettenmangel künstlich herbeigeführt sei, um vermeintliche Beweise für eine angebliche Pandemie (PLANdemie) vorweisen zu können, wurde in Politik und Medien als Verschwörungserzählung definiert.

Am 29. Dezember 2021 berichtete der *Deutschlandfunk*:



Krankenhausreform / Deutschland wird Kliniken schließen müssen – trotz Pandemie

Wegen der Corona-Krise sind etliche Krankenhäuser in Deutschland überlastet, gleichzeitig stehen aber in noch mehr Kliniken Betten leer. Die Reform der Krankenhauslandschaft gehöre zu den dringenden Aufgaben der neuen Regierung. Und sie werde wahrscheinlich auch zu Schließungen führen.

Würde es in der Welt ganz simpel zugehen, dann wäre es so: Wir haben eine Pandemie, viele Menschen müssen ins Krankenhaus, und die Krankenhäuser verdienen daran gut. Weil es aber, wie immer, nicht simpel ist, sieht es anders aus, komplizierter: Wir haben Pandemie, viele Menschen müssen mit einer Covid-Erkrankung ins Krankenhaus, an vielen Orten sind Kliniken überlastet – und dennoch ist mitten in der Pandemie die wirtschaftliche Lage der Kliniken so schlecht wie seit 20 Jahren nicht mehr.


Kompliziert, ja, aber zu erklären: Der Großteil der schwerst kranken, intensivpflichtigen Covid-Patienten wird nach einer Untersuchung des Gesundheitsökonom Reinhard Busse in nur knapp 500 Krankenhäusern versorgt. Dies geschieht unter Aufbietung aller Kräfte bei den Beschäftigten und oft genug darüber hinaus. Das sind die Kliniken, in denen sich entscheidet, ob es genügend Plätze für alle ernsthaft Erkrankten gibt. Das sind die Orte, in denen der medizinische Katastrophenfall eintreten und es heißen kann, dass nicht alle Patienten so versorgt werden können, wie es notwendig wäre.

Daneben gibt es aber auch ein anderes Gesicht der Corona-Pandemie – rund tausend Kliniken, die überdurchschnittlich leer sind. In denen Behandlungen nicht stattfinden, weil Patienten in der Corona-Krise jeden Kontakt zum Krankenhaus scheuen. Einige dieser Kliniken sind im Jahr eins der Pandemie ganz gut über die Runden gekommen. Da wurden Gelder ausgeschüttet, schon beim leisen Verdacht, dass Operationen verschoben werden könnten oder dafür, dass Betten für Corona-Kranke freigehalten wurden, die niemals kamen – und die auch oft genug gar nicht hätten versorgt werden können mangels Eignung einzelner Krankenhäuser. Aber das ist vorbei. So leicht fließen die Gelder nicht mehr im Corona-Jahr zwei.

Es gibt daher Überlastung ebenso wie Leerstand in den Krankenhäusern, eine Doppelseitigkeit der Corona-Folgen in den Kliniken, komplex genug, um in Verschwörer-Kreisen zu zirkulieren: Corona kann ja nicht so schlimm sein, wenn es leere Krankenhäuser gibt oder Krankenhäuser, denen die Pleite droht.

Aber noch einmal: So simpel ist die Situation nicht. Im Gegenteil. Notwendig ist, und das wissen alle Beteiligten, eine grundlegende Neuausrichtung der Krankenhauslandschaft in Deutschland, die am Ende nach aller Wahrscheinlichkeit auf weniger Kliniken hinausläuft, in denen das wohl weiter viel zu wenige Personal dann besser verteilt werden kann. Die Krankenhausreform wird zu den schwierigen Aufgabenfeldern der neuen Bundesregierung gehören. Zögert sie das hinaus, dann schafft die Pandemie Fakten. Aber keine, die man sich wünschen könnte. Dann existieren Überlastung und Leerstand weiter nebeneinander – zum Schaden des Personals in den Kliniken, der medizinischen Qualität und der Patienten.

Gab man (Stand Ende Dezember 2021) in die Internetsuchmaschine seines/ihrer Vertrauens die Suchbegriffe „Corona“ und „Staatsversagen“ ein, erhielt man eine breite Palette von Aspekten. Der MDR formulierte es Ende November 2021 zusammenfassend so: „Was wir hier beobachten, kann gar nicht anders beschrieben werden. Der Staat versagt in der Jahrhundertaufgabe, die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen“ ... eine Folge dieses Versagens war, dass anhand der damit einhergehenden Widersprüche zahlreiche Verschwörungserzählungen, die in der Corona-Szene kursierten, unterfüttert werden konnten: Und das war wiederum die Karte, auf die insbesondere die Patriotische Corona-Szene um die *Freien Sachsen* oder das Projekt *Freies Rastatt* pokerte: Das BRD-System als Diktatur darzustellen. Eine Ansicht, die allen Rechten Szenen in Deutschland zentral war.



Die Impfgegner sind nicht das Problem

30. November 2021

"Lassen Sie sich impfen" oder "holen Sie sich Ihren Booster" – solche Appelle hört man von Politikern derzeit ständig. Oft kippen sie schon ins Vorwurfsvolle und lesen sich wie eine Frage: "Warum haben Sie sich noch nicht geboostert?" Doch das Problem ist oft nicht der Wille zum Impfen, sondern die fehlende Möglichkeit. Die Schuld liegt nicht bei der Bevölkerung, sondern bei der Politik selbst.

Es gibt einen nicht unerheblichen Bevölkerungsanteil in Deutschland, der bewusst gegen Impfungen eintritt, entscheidend im Kampf gegen Corona ist er aber nicht. Die ständigen Appelle der Politik, sich impfen zu lassen, verpuffen, wenn die Politik nicht dafür sorgt, dass man sich unkompliziert impfen lassen kann. Corona kann nur besiegen, wer Infektionsketten erkennt und durchbricht.

Der Begriff Staatsversagen ist im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie immer mal wieder gefallen. Und zwar vollkommen zu Recht. Staatsversagen nicht im ökonomischen Sinn, sondern im Wortsinn: Was wir hier beobachten, kann gar nicht anders beschrieben werden. Der Staat versagt in der Jahrhundertaufgabe, die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen.

Die zentrale Frage, die staatliche Institutionen derzeit zu beantworten haben, lautet: Wie kann die Corona-Pandemie gestoppt werden? Darauf gibt es zwei simple und keineswegs neue Antworten: Zum einen durch Impfungen, zum anderen durch erkannte Infektionen.

Dafür jedoch muss es jedoch die Möglichkeit für eine unkomplizierte Impfung geben. Denn auch alle, die sich gerne impfen lassen würden, haben hierzulande ein schwerwiegendes Problem. Es ist derzeit fast unmöglich, einen Impftermin zu bekommen. Das gilt sowohl für Erst- als auch für Booster-Impfungen. Impfzentren wurden geschlossen, Hausärzte [berichten], deutlich weniger Impfstoff geliefert zu bekommen als bestellt. Allerdings gibt es längst sehr viele Menschen, deren Zweitimpfung mehr als sechs Monate zurückliegt. Dann ist die Empfehlung von Hausärzten oft, sich in kommunalen Impfstellen oder bei Impfbussen anzustellen. Das Problem aber ist, wer arbeitet, hat keine Zeit, vier Stunden auf seine Impfung zu warten, wenn der Impfbus einmal in drei Wochen von 13 bis 17 Uhr vor Ort ist. Eine Lösung für dieses Problem ist nicht vorhanden. So ist es selbst für die Impfwilligsten nahezu unmöglich, der ständigen, teils vorwurfsvollen Aufforderung der Politik nachzukommen, sich impfen zu lassen. Es ist die Aufgabe des Staats, Bürgerinnen und Bürgern, Termine anzubieten. Es ist nicht die Aufgabe der Menschen, sich gegen diverse Widerstände irgendwie einen Impftermin zu erkämpfen. Hier versagt der Staat.

Ähnlich ist es bei Tests und bei den Gesundheitsämtern. (weiter auf der nächsten Seite)

Bekommt man über die Corona-App eine Warnung oder hat man bei einem Selbsttest zu Hause ein positives Ergebnis, kommt man trotzdem kaum an einen [kostenlosen] PCR-Test, der dieses Ergebnis bestätigt oder widerlegt. Der Versuch über ein örtliches Gesundheitsamt an einen PCR-Test zu gelangen, ist zum Scheitern verurteilt. Dort interessiert sich niemand für eine rote App oder einen positiven Schnelltest. Wenn man überhaupt telefonisch durchkommt. Auch hier absolutes Staatsversagen. Es kann nicht die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger sein, hinter ihren eigenen PCR-Tests herrennen zu müssen. Der Staat, der ein Interesse an dem Erkennen von Corona-Infektionen hat, der Infektionsketten erkennen und durchbrechen will, muss der Bevölkerung diese Tests zur Verfügung stellen und zwar ohne jegliche Hürden.

Corona traf auf einen schlecht vorbereiteten deutschen Staat: Marode, veraltete Infrastruktur, Bürokratie, Fax statt Digitalisierung und eine totgesparte öffentliche Daseinsvorsorge. Deutschland war schlecht vorbereitet. Gründe dafür finden sich viele: der Föderalismus, das mit wenig Kompetenzen ausgestattete Bundesamt für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz (BBK), die jahrelange Auslagerung von Produktionskapazitäten für Arzneimittel und medizinische Hilfsprodukte in den asiatischen Raum oder aber ein auf Privatisierung und Gewinn gemünztes Gesundheitssystem mit schlechter Ausstattung sowie zu wenig und zu schlecht bezahltem Personal.

Die Neue Züricher Zeitung schrieb am 2. Dezember 2021:

Neue Zürcher Zeitung

02.12.2021

Staatsversagen im Corona-Winter: Deutschlands Regierung wird von der vierten Welle überrollt

Die deutsche Impfkampagne wird erneut zum Problem. Millionen warten vergeblich auf ihren Booster. Die angekündigte Impfpflicht ist ein Akt der Verzweiflung.

Nach dem schwachen Start zu Jahresbeginn holpert die deutsche Impfkampagne erneut. Erst fehlte es an vorausschauender Planung, nun klemmt es bei der Logistik. Gleichzeitig lehnen Millionen Bürger die Impfung ab. Unvorsichtiger kann man sich diesen Winter kaum verhalten. Weil ein düsterer Corona-Winter bevorsteht, hat man sich in Berlin auf eine neue Strategie verlegt. Die künftige Bundesregierung will eine Impfpflicht verhängen. Der designierte Kanzler Olaf Scholz möchte die radikale Zwangsmassnahme rasch einführen. Bis vor kurzem hatte er noch steif und fest das Gegenteil beteuert, genauso wie alle anderen Spitzenpolitiker in Berlin. Unglaublicher kann man kaum auftreten.

Seit Monaten erhöhen Deutschlands Politiker den Druck auf die Ungeimpften und verstärken damit deren Trotzhaltung. Für Argumente sind viele von ihnen sowieso nicht mehr empfänglich. Statt sich auf diese Minderheit zu konzentrieren, wäre es wohl klüger gewesen, den Fokus auf die doppelt Geimpften zu legen – denn wer sich zweimal hat piksen lassen, wird es wohl auch ein drittes Mal tun.

Dass die Wirkung der Impfstoffe ziemlich rasch nachlässt, zeichnet sich schon länger ab. Daher hätte man den mittlerweile fast 60 Millionen Geimpften in Deutschland schon früh eine Booster-Impfung anbieten können – und somit die vierte Welle wohl nicht verhindert, aber zumindest stark abgeflacht.

Nun werden Millionen Deutsche vergeblich versuchen, bis Weihnachten eine Auffrischung ihrer Impfung zu bekommen. Die Verantwortung dafür liegt vor allem bei Jens Spahn und der Regierung von Angela Merkel. Sie hinterlässt ein Land im selbstverschuldeten Ausnahmezustand.

Der Berliner *Tagesspiegel* attestierte der Deutschen Politik im März 2021 eine nicht vorhandene Lernfähigkeit: Ein ganzes Jahr lang habe man nicht an Strategien zum Umgang mit dem Corona-Virus gearbeitet:

Scheingefechte um Grenzwerte

DER TAGESSPIEGEL

03.03.2021

Wenn Corona weiterherrscht, ist es Staatsversagen

Ist noch März oder ist schon wieder März? Die Frage kann man sich stellen, wenn an diesem Mittwoch die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten einmal mehr beraten, wie es weitergehen soll, ein gutes Jahr nach Beginn der Pandemie in Deutschland. Der Lockdown soll verlängert werden, ein paar Lockerungen soll es geben: Die einen – wie Bayerns Ministerpräsident Markus Söder – warnen vor einem Öffnungsrusch, die anderen – wie Sachsen-Anhalts Reiner Haseloff – mahnen, die Menschen seien erschöpft. Alles wie immer also: Statt sich darauf zu konzentrieren, wie die Lockdown-Maßnahmen überflüssig gemacht werden können, streitet die Politik darüber, wie sie gerechtfertigt und am besten verkauft werden. Das ist das eigentlich Ermüdende.

Denn während das immer gleiche Scheingefecht geführt und um Grenzwerte gefeilscht wird, hat sich die Lage grundsätzlich verändert. Es geht nicht mehr darum, die reine Lehre der Wissenschaft gegen das politisch Zumutbare abzuwägen wie im vergangenen März (2020). Alle Instrumente, den Krisenzustand zu beenden, liegen mittlerweile auf dem Tisch: Impfen, Testen, digitale Kontaktverfolgung. Nur von allem zu wenig, zu langsam, zu spät. [Aber] wer viel verlangt, muss auch viel leisten. Den Bürgern ist viel zugemutet worden. Kontaktbeschränkung, Reisebeschränkung, finanzieller Ruin. Am Düsseldorfer Rheinufer darf man nicht mal mehr stehen bleiben. Polizei und Ordnungsämter sind beauftragt, Verstöße zu ahnden, egal wie nachvollziehbar die Regeln sind.

Und dennoch ertragen und ertragen das nicht nur die meisten stoisch, sie sind auch in Vorleistung gegangen. Mit Hygienekonzepten, Disziplin, Verständnis.

Im gleichen Zeitraum kann die Bundesregierung – bei Lichte betrachtet – für sich nur ins Feld führen, die schnelle Entwicklung hochpotenter Impfstoffe wenigstens nicht aktiv verhindert zu haben.

Irgend etwas müsste der Staat schon anbieten. Zumal ein Staat, der erst zu wenig Impfstoff bestellt, das Wenige, das er bestellt, dann schlechtredet und den Menschen, die trotzdem noch mitmachen wollen, nicht einmal rechtzeitig ein Impfangebot machen kann. Ein Staat, der die Schulen öffnet, bevor er sicherstellt, dass es genug Tests gibt. Ein Staat, der mehr als 20 Millionen in eine Corona-App investiert, die zur Kontaktverfolgung nicht taugt. Unterdessen warten allein in Berlin 30 Prozent der Unternehmer im März noch auf ihre Novemberhilfen. So ein Staat sollte sich nicht wundern, dass „die Leute die Schnauze voll“ haben, wie Hessens Volker Bouffier formuliert, sondern froh sein, dass die Einzelhändler ihrem Unmut nur auf dem Rechtsweg Luft machen.

MISSTRAUEN IN DEN STAAT

NEUE
OSNABRÜCKER
OZ
ZEITUNG

26.08.2021

Corona, Afghanistan, Hochwasser: Das hässliche Gefühl des Staatsversagens

Berliner Großflughafen, Berateraffäre, Wirecard, Corona, Hochwasserkatastrophe, Afghanistan-Debakel: Der Staat scheint nicht so zu funktionieren, wie er sollte.

Ebenfalls lange ist die Liste von Presseberichten zu „Corona-Chaos in Schulen“ aus den Jahren 2020 und 2021: Immer wieder mit Vorwürfen, die Politik habe aus den bisherigen Erfahrungen nicht ausreichend gelernt – bishin zum Vorwurf, sie habe erst gar keine Erfahrungen gemacht. Etwa ausgehend von diesem Bericht des SWR, wonach in Baden-Württemberg die Ergebnisse der Corona-Schultests nicht gesammelt werden würden – und das bei einem neuartigen Virus, zu dessen Bekämpfung man in erster Linie Informationen aller Art sammeln müsste.

SWR» 19.11.2021 **4,7 Millionen Schul-Schnelltests! 439 infizierte Kinder?**

Baden-Württemberg erfasst nicht, wie viele Corona-Infektionen bei Kindern über die Schul-Schnelltests gefunden werden.

Die Schultestung mittels Antigen-Schnelltests ist eine wichtige Säule der Pandemiebekämpfung in Baden-Württemberg. Darum finanziert das Land pro Woche 4,7 Millionen Schnelltests. Damit können Schülerinnen und Schüler dreimal wöchentlich getestet werden. (...) Aber weder das Kultusministerium noch die Gesundheitsämter haben einen Überblick, wie viele Schul-Schnelltests positiv ausfallen. Mögliche Probleme können so gar nicht identifiziert werden. Trotz hohem Aufwand und trotz Kosten in Millionenhöhe wird demnach nicht überprüft, ob das System der Schultestungen mittels Antigen-Schnelltests funktioniert. (...) Außerhalb der Schulen würden positive Testergebnisse nur selten auftreten, teilte das Kultusministerium mit. Auf Nachfrage kann es dann aber keine genauen Zahlen liefern, die belegen würden, dass die Schultestungen einen großen Anteil daran hätten, infizierte Kinder zu finden. Die Anzahl der durchgeführten und positiven Schnelltests wird zwar von den Schulen dokumentiert, vom Kultusministerium aber nicht eingesammelt. Wie viele infizierte Kinder durch die Antigen-Schnelltests in Kitas und Schulen entdeckt werden, ist auch nach einer wochenlangen SWR-Recherche unklar.

Ein zentrales Argument der Corona-Protestierenden ist der Vorwurf an die Politik, sie würde die Corona-Gesetze auf falschen bzw. nicht ausreichend deutlichen Daten aufbauen. Exemplarisch dazu eine web.de-Meldung vom 30. Dezember 2021.



Montgomery: Fehlende Zahlen zu Corona sind "mehr als peinlich"

Der Vorstandsvorsitzende des Weltärztebunds, Frank Ulrich Montgomery, hält es für "mehr als peinlich", dass Deutschland über die Feiertage keine validen Zahlen zur Entwicklung der Corona-Pandemie hat. "Wir haben ein riesiges Digitalisierungsproblem nach wie vor in Deutschland", sagte er am Donnerstag im Deutschlandfunk.

Dass es über die Feiertage keine vernünftigen Zahlen gebe, liege auch am Föderalismus, an unterschiedlichen Meldesystemen in den einzelnen Bundesländern. "Hier hätte man in den letzten eineinhalb Jahren wirklich mehr machen können", sagte Montgomery. Das Fehlen der Zahlen sei auch ein Problem, weil die Politik auf deren Basis Gesetze mache, die gerichtsfest sein müssten.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hatte am Mittwoch gesagt, es sei davon auszugehen, dass die tatsächliche Corona-Inzidenz in Deutschland derzeit zwei- bis dreimal so hoch sei wie ausgewiesen. Es werde derzeit weniger getestet - zudem würden weniger Testergebnisse weitergemeldet. In den Gesundheitsämtern mache sich über die Feiertage ein genereller Personalangel bemerkbar. Der Minister betonte, dass zur Ministerpräsidentenkonferenz mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) am 7. Januar "eine solide und für diese Zwecke vollkommen ausreichende Datenlage" vorhanden sein werde.

Dieser kurze Medienspiegel zum Schlagwort Corona-Staatsversagen belegt die Angreifbarkeit des Corona-Managements der Politik in Deutschland. Und es stellt sich die Frage, wie man das Versagen bewertet: Inkompetenz oder Vorsatz? In jedem Fall ein gut geeigneter Nährboden für Spekulationen und Verschwörungserzählungen aller Art ... Und mit Sicherheit die Grundlage für das Wiederaufleben der Corona-Proteste Ende 2021: Weil man in der deutschen Politik wenig Willen zu konstruktiven Strategien für ein Leben mit dem Virus erkennen konnte.

Und so hatte die Zweite Welle der Corona-Proteste ab November 2021 mit ihren tiefen Zweifeln an Kompetenz & Ehrlichkeit des Staates Fahrt aufgenommen. Der Großteil der Corona-Protestierenden zählte sicherlich nicht zum patriotischen Teil, sondern wollte die von ihnen ausgemachten Missstände mit kleinen Reformen behoben sehen. Jener patriotische Teil aber war es, der die Impulse setzte und immer wieder die Identifikationsmöglichkeiten schuf ... mit weitreichenden revolutionären Hintergedanken, die man seit Jahrzehnten gehegt und gepflegt hatte.

Ein kurzer Abriss der Genese der Zweiten Welle der Corona-Proteste in Niedersachsen. Auf die Wachstumsphase folgte die Ankündigung des Staates, man werde ab jetzt härter durchgreifen: Eine Haltung, die in den Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr in jedem Bundesland von den Behörden verkündet wurde.



Corona-Proteste: Polizei will "Trickserei" nicht tolerieren

30.12.2021

Nach 48 Versammlungen in Niedersachsen am Montag, den 13. Dezember, gab es am 20. Dezember bereits 87 solcher Veranstaltungen. Davon waren ihm zufolge nur 19 angemeldet. Am 27. Dezember waren es 117 Versammlungen: Nur 14 mit vorheriger Anmeldung. Niedersachsens Polizeipräsident Axel Brockmann stellte noch einmal klar, was auch Innenminister Boris Pistorius (SPD) bereits gesagt hatte: Auch, wenn die Veranstaltung als "Spaziergang" betitelt wird, handele es sich um eine Versammlung. Und die unterliege dem Versammlungsrecht. Die "Montagsspaziergänge" von Gegnern der Corona-Maßnahmen werden wohl weitergehen, doch die Polizei will dabei künftig härter durchgreifen. Verstöße sollen nicht hingegenommen werden.

Die Repäsentierenden von Politik und Polizei hatten nach den „Montagsspaziergängen“ vom 27. Dezember bundesweit drohende Warnung ausgesprochen. Und in der Corona-Szene wurde via *telegram* für die kommenden Protesttage mobilisiert: Für „Abschlussspaziergänge“ (Fr - 30.12.), für „Silvestermärsche“ (Sa - 31.12.) und für die kommende Runde der „Montagsspaziergänge“ (Mo – 3.1.) .